



Nr. 72 | 24.07.2024

Belarus-Analysen

Belarusische Opposition

■ ANALYSE

Nur eine einzige Umarmung wert: Die (fehlende) Kooperation zwischen der belarusischen und russischen nicht-systemischen Opposition
Von Boris Ginzburg (Osteuropa-Institut, Freien Universität Berlin)

2

■ DEKODER

Die Identitätskrise der belarussischen Opposition
Von Artyom Shraibman

6

■ CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

9

ANALYSE

Nur eine einzige Umarmung wert: Die (fehlende) Kooperation zwischen der belarusischen und russischen nicht-systemischen Opposition

Von Boris Ginzburg (Osteuropa-Institut, Freien Universität Berlin)

DOI: 10.31205/BA.072.01

Zusammenfassung

Obwohl die belarusischen und russischen nicht-systemischen Oppositionsbewegungen ihre jeweilige personalistische Autokratie in ihren Heimatstaaten weiterhin aus dem Exil heraus politisch zu bekämpfen versuchen, kann – im Gegensatz zu den beiden scheinbar »verbrüderten« Autokraten Lukaschenka und Putin – bei den beiden nationalen Demokratiebewegungen keine Zusammenarbeit beobachtet werden. Doch warum ist dies der Fall? Dieser Frage wird im Artikel nachgegangen. Es wird festgestellt, dass neben den ideologischen Diskrepanzen zwischen beiden Seiten zusätzlich eine institutionelle Basis nicht vorhanden ist, die eine solche Kooperation ermöglichen könnte. Dieser institutionelle Rahmen fehlt insbesondere innerhalb der russischen nicht-systemischen Opposition, aber auch zwischen den beiden Oppositionsbewegungen. Ein möglicher Ausweg aus dieser Problematik wird am Schluss kurz skizziert.

Zwei Frauen, ein Schicksal?

Am 16. Februar 2024 ging das Bild um die Welt, in welchem die belarusische Oppositionsführerin Swjatlana Zichanouskaja die vom gerade durchlebten Schicksalsschlag gezeichnete Julija Nawalnaja während eines Treffens bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2024 in den Arm nahm. Zichanouskaja sprach hierbei Nawalnaja, die wenige Stunden zuvor wie die restliche Welt von dem Tod ihres Ehemannes Alexei Nawalny im russischen Straflager erfahren hat, ihr Beileid aus. Auf den ersten Blick hin schienen die Parallelen zwischen den beiden Frauen und ihren Schicksalen für viele Außenstehende offensichtlich zu werden: Beide teil(t)en die Erfahrung, ihre Ehemänner in ihren jeweiligen Heimatländern zurücklassen zu müssen, da diese aufgrund ihrer politischen Opposition zu den jeweiligen Autokraten ihrer Länder zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden sind. Beide sahen sich auch gezwungen aufgrund ihrer eigenen Sicherheit und der ihrer Kinder ins Exil zu fliehen. Und beide beanspruchten nun, die jeweiligen Demokratiebewegungen ihrer jeweiligen Länder anzuführen. Der daraufhin zu hörende Ruf vieler außenstehender Beobachter:innen nach der Zusammenlegung der Kräfte beider Oppositionsbewegungen präsentierte sich somit als sich selbst ergebend und angeblich logisch. So zumindest scheint, wie schon erwähnt, alles auf den ersten Blick.

Auf den zweiten Blick jedoch ist analytisches Feingefühl geboten. Denn es wäre nicht richtig und sogar kontraproduktiv, aufgrund der Ähnlichkeiten zwischen den individuellen Lebensverläufen beider Frauen nun auch eine Parallele zwischen den jeweiligen politischen anti-autokratischen Bewegungen Belarus' und Russlands zu ziehen. Beide Oppositionsbewegungen agieren

zwar gegen eine repressive personalistische Autokratie in ihren jeweiligen Ländern. Aber ihre ganz eigenspezifischen identitären Merkmale weisen darauf hin, dass es sich bei beiden Bewegungen um äußerst unterschiedliche politische Gruppen handelt, die in vielerlei Hinsicht auch konträr zueinanderstehen können. Dieser Kontrast erschwert eine Kooperation zwischen beiden Oppositionen. Welche entscheidenden Faktoren hierfür ausschlaggebend sind und warum es überhaupt Sinn macht, über eine Zusammenarbeit zwischen den zwei Demokratiebewegungen nachzudenken, sind die zentralen Fragen, mit denen sich dieser Aufsatz beschäftigen wird.

Zwillingsschwestern oder Cousinsen?

Wenn man bedenkt, dass die jeweiligen Feindbilder beider Dissidentengruppen (Aljaksandr Lukaschenka und Wladimir Putin) schon längst miteinander zusammenarbeiten, sticht die Frage hervor, warum dann nicht das Motto für beide Gruppierungen gilt: Der Feind (des Verbündeten) meines Feindes ist mein Freund? Zumal auch eine sprachliche Barriere zwischen beiden Seiten nicht gegeben ist.

Zwar betonen beide Seiten, man nutze zufällige Begegnungen bei öffentlichen Veranstaltungen, um gegenseitige Erfahrungen im Kampf gegen die eigene Autokratie zu diskutieren. Solche Gespräche verblieben aber lediglich auf individueller Ebene. So sprach Zichanouskaja oft »nur« über ihre Bekanntschaft mit dem seit April 2022 im Straflager sitzenden russischen Oppositionspolitiker Vladimir Kara-Mursa. Der russische Oppositionelle Dmitrij Gudkow beschrieb in einem Deutsche Welle-Interview aus dem Jahr 2023 die Zusammenarbeit zwischen beiden Dissidentengruppen eher als sporadisch und auf zufällige Aufeinandertreffen beschränkt.

Dies ist umso erstaunlicher, da beide Demokratiebewegungen mit ähnlichen Problematiken konfrontiert sind. Beide Oppositionen stehen vor der Herausforderung, wie man aus dem Exil heraus eine effektive Oppositionspolitik gegen das eigene autoritäre Regime organisieren kann. Ebenso diskutieren beide innerhalb ihrer jeweiligen Lager intensiv darüber, ob der politische Kampf gegen die Autokratie nur mit friedlichen oder (auch) mit bewaffneten Mitteln geführt werden muss. So kämpfen bekanntermaßen sowohl das belarussische Kastus-Kalinowski-Regiment als auch die russische Legion »Freiheit Russlands« als Teile der ukrainischen Streitkräfte gegen die Armee des Kremls. Beide Paramilitärs haben innerhalb beider Oppositionsbewegungen – milde ausgedrückt – einen gemischten Ruf. Dies lässt sich auf ihre zum Teil vorhandenen Wurzeln im Rechtsextremismus zurückführen. Und letztere sind beide Exilgruppierungen mit der gemeinsamen Gefahr konfrontiert, durch die Abwesenheit im eigenen Heimatland an politischer Relevanz zu verlieren und an einem politischen Realitätsverlust in Bezug zu den politischen Bedürfnissen ihres (potenziellen) Elektors im Heimatland zu »erkranken«. Warum also nicht die politischen Ressourcen zusammenlegen, gemeinsame Foren gründen, ähnliche Herausforderungen diskutieren und genauso, wie Lukaschenka und Putin es schon auf der Ebene der Autokratiezusammenarbeit machen, ein demokratisches und synergetisches Gegenwicht schaffen?

Das berüchtigte »Aber«

Um die Gründe für die fehlende Kooperation zwischen der belarussischen und russischen nicht-systemischen Opposition zu erkundschaften, ist es hilfreich, Bezug auf die bekannte Triade des Politikbegriffs zu nehmen: Polity, Policy und Politics. Der erstere Begriff steht für die institutionellen Rahmenbedingungen innerhalb der politischen Praxis. Der zweite konzentriert sich auf den Inhalt sowie die Ziele einer Politikdynamik. Und der letztere Terminus schließt den prozessualen Charakter eines politischen Projekts anfangen bei einer politischen Entscheidung bis hin zu der Implementierung dieser in sich ein.

1. Die institutionellen Hürden

Der erste zentrale Unterschied befindet sich auf der institutionellen Ebene (Polity). Die russische nicht-systemische Opposition hat im Gegensatz zu ihrem belarussischen Counterpart keine eindeutig zu identifizierende Führungspersonlichkeit. Bekanntermaßen beschnitten (und beschneiden) die sehr diversen demokratischen Oppositionskräfte Russlands oft ihre eigenen Synergiefähigkeiten durch interne Machtkämpfe. Oft geht es dabei um Egofragen (wer führt wen an?). Ein gutes

Beispiel hierfür ist ein Streit zwischen Alexei Nawalny »Fortschrittspartei« und der sich als liberal-demokratisch bezeichneten »PARNAS«-Partei, angeführt von dem im Kreml in Ungnade gefallenem ehemaligen russischen Premierminister Michail Kassjanow im Jahr 2016. Beide Anführer stritten sich um die Frage, welcher der beiden Politiker auf »Platz eins« der gemeinsamen demokratischen Koalitionsliste für die damals anstehenden Duma-Wahlen 2016 stehen sollte. Folglich zerbrach die Koalition an diesem Disput noch vor den Parlamentswahlen 2016.

Vor einem solchen Problem steht die belarussische Seite nicht. Hier hat sich Swjatlana Zichanouskaja seit den Ereignissen der gefälschten Präsidentschaftswahl in Belarus im August 2020 als Führungsperson konsolidieren können. Dies gelang ihr auch deshalb, weil die damals wichtigsten oppositionellen Anwärter auf die Präsidentschaft in Belarus vom Regime nicht registriert und/oder unrechtmäßig vom Minsker Regime inhaftiert worden waren. Zwar könnte man sagen, dass auch Nawalny nach seiner Rückkehr nach Russland und seiner anschließenden Inhaftierung im Januar 2021 ebenfalls über russische (Oppositions-)Parteigrenzen hinweg an politischem Gewicht dazu gewonnen hat. Doch hinkt der Vergleich zu Zichanouskaja dennoch hinterher. Nawalyns politische Einflussnahme war durch seine Verhaftung stark eingeschränkt worden. Diese Umstände standen im Gegensatz zur belarussischen Oppositionsführerin, auch wenn diese »nur« aus dem Exil operieren kann. Genauer gesagt, haben die politischen Evolutionen beider Oppositionsfiguren schon seit Beginn ihrer Koexistenz entgegengesetzte Verläufe genommen. Zichanouskaja startete bedingt durch die Inhaftierung ihres Ehemannes Sjarhej Zichanouski und somit unfreiwillig als ein politisches Symbol der belarussischen Demokratiebewegung. Im Laufe der Jahre wuchs sie zu einer anerkannten politischen Akteurin heran. Nawalyns Aufstieg hingegen gestaltete sich in der entgegengesetzten Richtung. Dieser startete bewusst als Politiker und ist erst nach seiner Rückkehr aus deutscher gesundheitlicher Rehabilitierung nach Russland und Verhaftung im Jahr 2021 für viele zu einem politischen Symbol des Widerstandes geworden. Weil aber auch nach Nawalyns Tod keine eindeutige Führungsperson innerhalb der russischen Demokratiebewegung zu identifizieren ist, gestaltet sich ein konstruktiver Dialog zwischen beiden nationalen Oppositionen weiterhin als schwer. Die Übernahme der politischen Geschäfte ihres verstorbenen Ehemannes durch Yulia Nawalnaja erlaubt es bisher nicht, von einer spürbaren politischen Vektoränderung in diesem Zusammenhang zu sprechen.

Bemerkbar macht sich dieses Polity-Problem zusätzlich durch das Fehlen von eindeutigen und von allen russischen Oppositionsakteuren anerkannten Oppo-

sitionsinstitutionen. In der Tat ist nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine im Februar 2022 von einigen russländischen Exilpolitikern ein »Exilparlament« (»Kongress der Volksdeputierten«) mit Sitz in Warschau gegründet worden. Doch liegt die Betonung im vorherigen Satz auf »von einigen« (und somit nicht von allen). Hier ist die belarusische Opposition ihren russischen Kollegen:innen einen Schritt voraus. Schon während der Protestwelle 2020 hat es die belarusische Opposition geschafft, einen Koordinierungsrat der belarusischen Oppositionskräfte zu etablieren, der von zentralen belarusischen anerkannt wird. Trotz der Inhaftierung und (unfreiwilligen) Ausreise vieler ihrer Mitglieder aus Belarus gelingt es der belarusischen Opposition diesen weiter im Exil am Leben zu halten. Somit ist auch hier einer inter-institutionellen Arbeit zwischen beiden Demokratiebewegungen eine Hürde in den Weg gelegt.

2. Die ideologischen und inhaltlichen Hürden

Auf der Policy-Ebene gestaltet sich die Zusammenarbeit ebenfalls als schwer und widersprüchlich. Verwurzelt ist dies in einer Reihe vieler ambiguer Signale, die sich beide Bewegungen gegenseitig bewusst und unbewusst im Laufe der letzten Jahre zugesendet haben. Dies führte zu Misstrauen auf beiden Seiten. So gilt für viele belarusische Oppositionelle das Mantra, das der russische Liberalismus zwar existiere, aber sich selbst auflöse, sobald es um das sogenannte »nahe Ausland« Russlands gehe. Oft werden hier die Beispiele von Alexei Nawalny uneindeutiger Positionierung zur Krim-Annexion 2014 genannt – eine Uneindeutigkeit, zu der nicht einmal Lukaschenka selbst zu dem damaligen Zeitpunkt bereit gewesen war. Zudem war Nawalny in Belarus zur Last gelegt worden, dass dieser in den sehr frühen Stadien seiner politischen Karriere bekanntermaßen mit dem Rechtsradikalismus geliebäugelt hatte. Dieser hatte sich im Jahr 2008 in einem Internetpost auch über die belarusische Sprache lustig gemacht und das Lukaschenka-Regime gelobt. Fairnesshalber muss aber hier erwähnt werden, dass sich Nawalny später während der Protestwelle 2020 in Belarus mit der dortigen Demokratiebewegung mehrmals solidarisch erklärte, was aber dennoch nicht die Widersprüchlichkeit in seiner politischen Persona für viele Belarusen:innen eindeutig beseitigen konnte.

Doch auch die belarusische Oppositionsbewegung um Zichanouskaja herum sendete zum Teil verstörende Signale an ihre russländischen Kollegen:innen. So hatte Zichanouskaja in einem Interview für das russische Onlinenachrichtenportal RBK im September 2020 Putin mehrmals als eine »weise Führungspersönlichkeit« bezeichnet. Außerdem bemühte sich Zichanouskajas Team im Laufe der Massenproteste in Belarus von 2020 immer wieder darum, die Demonstrationen weder

als pro-europäisch noch als anti-Kreml oder anti-russisch zu kategorisieren, sondern als lediglich »pro-belarusisch«. Die fehlende Distanzierung zu dem Kreml ist natürlich das, was vielen Anhängern der russischen nicht-systemischen Oppositionsszene sauer aufgestoßen ist, da diese schon damals unter den zunehmenden Repressalien des Kremls zu leiden hatten. Eine solche plumpe Anbiederung an Moskau war aber etwas, was auch schon der ersten Generation der belarusischen demokratischen Opposition in 1990er-Jahren anhing. Kurz nach dem sogenannten »schleichenden Staatsstreich« durch Lukaschenkas Verfassungsreferendum im Spätherbst 1996 setzten viele belarusische Demokratiekräfte auf den Kreml als Helfer und Vermittler. Dies war aber eine politische Fehlkalkulation der damaligen Opposition, denn die Jelzin-Administration spielte ein doppeltes Spiel zugunsten des Lukaschenka-Clans.

Wie aber im Falle von Nawalny ist auch die belarusische Opposition durch eine graduelle politische Evolution gegangen. Der erste Wandel geschah direkt nach der zweiten Invasion des Kremls in die Ukraine im Februar 2022, indem Zichanouskaja diesen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausdrücklich verurteilte. Ein europapolitisches Element in dieser Evolution kam während der Jahreskonferenz der belarusischen Exilopposition in Warschau im August 2023 hinzu. Dort verkündete Zichanouskaja nun klar und deutlich, dass die Zukunft von Belarus in Europa liege, und sprach sich eindeutig gegen eine geopolitische Orientierung von Belarus in Richtung Russlands aus. Ein solcher Wandel basiert aber wahrscheinlich weniger auf dem Wunsch, die Verbindungen zur russischen Exilopposition zu stärken. Vielmehr hängt dies damit zusammen, die eigene Führungsposition innerhalb der belarusischen Diaspora zu sichern. Durch die geografische Distanz zu den eigenen Bürgern im belarusischen Kernland wird die eigene Diaspora nämlich zunehmend zur einzigen politischen Basis der belarusischen demokratischen Kräfte.

Interessanterweise spiegeln sich alle politischen Widersprüche und ideologischen Problematiken zwischen beiden Oppositionsbewegungen an einer anderen unerwarteten Stelle noch einmal wider. Aufgrund der unter anderem obengenannten Faktoren hält auch das offizielle Kyjiw Distanz zu den Demokratiebewegungen seiner beiden Nachbarländer. Also gilt auch hier nicht das Mantra des Realismus, welches besagt, dass der Feind meines Feindes mein Freund ist.

Es lässt sich also festhalten, dass sowohl auf der Policy- als auch auf der Policy-Ebene die Grundlagen nicht präsent sind, die eine Kooperation zwischen der belarusischen und russischen nicht-systemischen Opposition erlauben. Weil ideologische Diskrepanzen zwischen beiden Demokratiebewegungen herrschen und insbesondere der institutionelle Rahmen fehlt, um solche

Differenzen aus der Welt zu schaffen, sind die Voraussetzungen nicht gegeben, um auf der prozessualen Ebene der Politik – der Politics-Ebene – gemeinsame Projekte zu verwirklichen.

An dieser Stelle stellt sich jedoch die Frage, ob eine solche Kooperation überhaupt notwendig ist? Die Antwort auf diese Frage hängt wiederum von einer zweiten Fragestellung ab, nämlich: Folgt auf das Ausscheiden des einen Autokraten von seinem politischen Amt automatisch das Ausscheiden des anderen autoritären Herrschers? Hier hängt alles von dem berüchtigten »Wie« ab. Falls ja, macht die Zusammenarbeit natürlich Sinn. Aber falls nein, verschwendet die eine Seite ihre politischen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen für die Zielerreichung der anderen Seite, ohne daraus politischen Profit schlagen zu können. Da die Beantwortung dieser zweiten Frage erst einmal bis zum »Tag X« weiterhin auf rein spekulativen Ansätzen basieren wird, wird es nicht überraschend sein, dass die Zusammenarbeit wahrscheinlich wie bisher auf einem niedrigen Level verbleiben wird: Ein gelegentlicher und zufälliger Dialog zwischen einzelnen Individuen beider Gruppierungen, ohne auf gegenseitige Verpflichtungen einzugehen und ohne sich wirklich in die eigenen Karten durch die andere Seite schauen zu lassen.

Schlussgedanken und Empfehlungen an die Politik

Der oben beschriebene Sachverhalt ist in der Hinsicht bedauerlich, weil mehrere Überlappungen in den aktuellen Herausforderungen beider Gruppen bestehen. Die Lobbyarbeit in westlichen Institutionen und die von beiden Seiten kritisch gesehene EU-Visapolitik für belarusische und russische Bürger:innen seit Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine 2022 sind solche Überschneidungen. Auch die Frage alternativer Ausweisdokumente für die Diasporamitglieder beider Seiten stellt einen solchen Schnittpunkt dar, nachdem Minsk seit September 2023 es belarusischen Staatsbürger:innen nur noch erlaubt, ihre Pässe innerhalb des belarusischen Kernlandes zu verlängern oder neu zu beantragen. Laut Recherchen der Novaya Gazeta Europe ist noch in diesem Jahr dieselbe Handhabung russischer Ausweisdokumente

durch den Kreml zu erwarten. Gemeinsame Medienarbeit im Onlinebereich wäre ebenfalls eine Möglichkeit für Synergieprojekte.

Genau hier könnten die EU-Staaten ansetzen. Diese könnten die Gründung von Foren unter der mediatorischen Ägide solcher Staaten wie Deutschland, Polen und Litauen (Staaten, in denen viele Exiloppositionelle beider Seiten Zuflucht gefunden haben) forcieren. Unterstützt durch europäische Experten:innen im Bereich der nicht-systemischen Oppositionsbewegungen im post-sowjetischen Raum könnten solche EU-Staaten einen Gedankenaustausch zwischen beiden Oppositionsbewegungen auf institutionalisierter oder vielmehr Polity-Ebene initialisieren. Hierbei ginge es weniger um das Ziel, eine Allianz zwischen beiden Demokratiebewegungen zu schmieden, sondern vielmehr darum, für beide Seiten die politische Vorhersehbarkeit des Gegenübers zu erhöhen. Das gilt insbesondere für das bisher schwer vorzustellende Szenario, in welchem es einer der Demokratiebewegungen eines Tages tatsächlich gelingen könnte, Teilhabe an der politischen Gestaltung der post-autoritären Ära ihres Heimatlandes zu erlangen und somit auch Einfluss auf die Außenpolitik vis-à-vis des noch vielleicht immer unter autoritären Umständen verbleibenden Heimatstaates der anderen Oppositionsgruppe auszuüben.

Für die EU wäre dies ebenso informativ. Die bisherige sehr identische EU-Sanktionspolitik gegenüber Belarus und Russland seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine 2022 lässt nämlich ebenfalls darauf schließen, dass innerhalb der EU (wie auch innerhalb der russischen liberalen Intelligenzija) noch nicht alle Offiziellen verstanden haben, dass beide Autokratien sowie beide Oppositionsbewegungen unterschiedliche Akteure darstellen, die auch differenziert behandelt werden müssen. Voraussetzung für dieses Vorhaben wäre aber zuerst, dass es insbesondere der russischen Exilopposition gelingt (notfalls auch durch äußere Hilfe), endlich mit einer Stimme zu sprechen. Es gilt somit für die potenziellen moderierenden Kräfte, hier schon jetzt mit präventiver Arbeit zu beginnen. Denn wie einst der römische Philosoph Seneca der Jüngere sagte: »Glück ist, was passiert, wenn Vorbereitung auf Gelegenheit trifft«.

Über den Autor

Boris Ginzburg promoviert zurzeit im Fach Politikwissenschaft am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. In seiner Dissertation erforscht er die angebliche Kausalität zwischen Sanktionen demokratischer Staaten und den Repressionen in den autokratischen Zielstaaten am Beispiel der EU- und US-Sanktionen gegen Belarus. Boris Ginzburg studierte Politikwissenschaft, Völkerrecht und internationale Konfliktanalyse an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München, an der Freien Universität Berlin und an der University of Kent in Canterbury (Vereinigtes Königreich). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem die Autokratieforschung im postsowjetischen Raum, die nicht-systemischen Oppositionsbewegungen Russlands und Belarus' sowie die israelische Außenpolitik.

Die Identitätskrise der belarussischen Opposition

Von Artyom Shraibman

Einleitung von dekodeur

Die belarussische Demokratiebewegung kämpft im Exil dafür, dass belarussische Themen von der internationalen Staatenwelt gehört werden und nicht unter den Tisch fallen. Zudem ist sie bemüht, sich zu ordnen und ihre eigenen Strukturen zu demokratisieren. Zu diesem Prozess gehörten beispielsweise auch die Wahlen zum Koordinationsrat, die Ende Mai 2024 stattfanden. Der Koordinationsrat sollte eine Art parlamentarische Vertretung von Oppositionsgruppierungen aus Politik oder Zivilgesellschaft werden. Allerdings zeigte die extrem niedrige Wahlbeteiligung, dass viele Belarussen sowohl im Exil als auch im Land selbst offensichtlich andere Probleme haben, auf die die Opposition aber kaum Einflussmöglichkeiten hat. Zudem positionieren sich Belarussen in vielfacher Hinsicht anders als die Demokratiebewegung um Swetlana Tichanowskaja.

An wen richtet sich die belarussische Opposition also mit ihren Forderungen, wen will und kann sie vertreten und was bedeutet der schwierige Spagat zwischen den Interessen der Belarussen im Land und derjenigen im Exil, die als besonders progressiv gelten, für die Zukunft der Demokratiebewegung? Diesen Fragen widmet sich Artyom Shraibman in seiner Analyse.

Ein unausgesprochenes Problem

Gleich vorweg: Verschiedene Gruppierungen innerhalb der belarussischen Opposition geben unterschiedliche Antworten auf die Frage, wessen Meinung sie vertritt. Sie haben zuweilen den Anspruch, je nach Thema unterschiedliche Zielgruppen zu repräsentieren. Wenn es etwa um die Forderung fairer Wahlen, die Befreiung politischer Gefangener und das Ende der Repressionen geht, dann wollen die demokratischen Kräfte immer noch jene Mehrheit repräsentieren, die offensichtlich im Jahr 2020 für Tichanowskaja gestimmt hat.

Geht es um den Krieg in der Ukraine, so versuchen die demokratischen Kräfte, im Namen der überwiegenden Mehrheit der belarussischen Gesellschaft zu sprechen, die – im Unterschied zu den Russen – gegen den Krieg sei. Aus analytischer Distanz betrachtet ist das jedoch manipulativ. Tatsächlich vertritt zugänglichen Umfrageergebnissen zufolge nur ein geringer Prozentsatz der Belarussen die Meinung, belarussische Truppen sollten im Krieg eingesetzt werden. Doch ist die Zahl jener Belarussen, die Russland unterstützen, ebenfalls hoch: Zwischen 30 und 40 Prozent der Belarussen (je nach Formulierung der Frage) finden es gut, wie die russische Armee in der Ukraine vorgeht und dass sie belarussisches Territorium als Aufmarschgebiet nutzt. Einerseits ist das nicht sehr viel, wenn man die Vernichtung der Meinungsfreiheit in Belarus und den enormen Einfluss der russischen Propaganda bedenkt. Aber von einem »antimilitaristischen Konsens« kann man in dieser Situation nur sehr bedingt sprechen, und zwar, was den Einsatz belarussischer Soldaten im Krieg betrifft. In vielen Aspekten dieses Themas sind die Belarussen gespalten und alles andere als einig.

Wen die demokratischen Kräfte adressieren

Wenn man der Frage genauer nachgeht, wie ein Ende des Kriegs aussehen könnte, dann vertreten die Tichanowskaja nahen Demokraten mit ihrer Meinung nur eine Minderheit der Belarussen. Mehr als die Hälfte der Befragten wünscht sich ein sofortiges Einfrieren des Konflikts an den aktuellen Frontlinien, und ein weiteres Viertel wünscht sich einen Sieg Russlands. Weniger als 15 Prozent der Städter (die Umfragen werden in der urbanen Bevölkerung durchgeführt) sagen offen, dass der Krieg mit einem klaren Sieg der Ukraine enden soll. Und sogar wenn man den häufig zitierten Faktor Angst ausklammert, bleiben die eindeutig proukrainischen Ansichten der Opposition trotzdem klar in der Minderheit.

Auch in anderen Fragen können die demokratischen Kräfte im Exil nicht behaupten, die Mehrheit der Belarussen zu repräsentieren, sondern eher nur die aktive prowestliche Minderheit. Hierzu gehören die europäische Integration, der Ausstieg aus allen Bündnissen mit Russland, der Status des Belarussischen als einziger Amtssprache und schließlich die Ausweitung der Sanktionen gegen Belarus bis hin zu einem Handelsembargo – wohl die unbeliebteste aller hier aufgezählten Ideen. Manchmal sieht es aus, als würde die Demokratiebewegung in manchen dieser Fragen zwar nicht unbedingt absichtlich die gesellschaftlich unbeliebtesten Lösungen bevorzugen, aber durchaus eine historische Mission verfolgen: heute strategische Ziele zu formulieren, um sie in Zukunft zur mehrheitsfähigen Meinung zu machen. Darin zeigt sich der Wille, eine ganz besondere soziale Gruppe zu vertreten – die »Belarussen der Zukunft«, die »nachziehen«, sich also der heutigen prowestlichen Minderheit und ihren Standpunkten annähern werden.

Und zum Teil zielen die Aktivitäten der Opposition auch darauf ab, die Diaspora zu vertreten – sei es mit der Idee zu einem »Pass des neuen Belarus«, mit dem Aufbau alternativer staatlicher Organe im Exil oder dem Kampf für bessere Aufenthaltsbestimmungen der Belarussen im Westen.

Der Faktor Westen

Hinter diesem komplizierten Gespinnst aus Positionen verbirgt sich ein weiteres Element, ein delikateres, über das man nicht laut spricht — die Interessen westlicher Länder, die der Opposition entweder Asyl gewähren oder über internationale Stiftungen ihre Arbeit finanzieren. Es gibt keine überzeugenden Beweise, dass westliche Akteure den demokratischen Kräften irgendwelche Positionen aufzwingen würden. Doch die belarussischen Exilpolitiker müssen die Interessen ihrer Partner durchaus berücksichtigen. Manchmal stehen diese Interessen den Vorstellungen der überwiegenden Mehrheit der Belarussen entgegen – zum Beispiel beim Thema Mobilität. Die Belarussen, die vor der Covid-Pandemie die Nation mit den meisten Schengen-Visa pro Kopf waren, wollen möglichst offene Grenzen zur EU. Aber die westlichen Nachbarn von Belarus reagieren auf die Provokationen, die Minsk an den Grenzen veranstaltet hat, und auf die Rolle von Belarus im Krieg mit Schließung von Grenzübergängen. Litauen versucht sogar, den Zustrom der Belarussen zu stoppen, indem es den Busverkehr teilweise einstellt.

Für die demokratischen Kräfte ergibt sich daraus ein Interessenkonflikt. Swetlana Tichanowskaja und ihre Anhänger müssen sich einerseits loyal verhalten gegenüber jenen Belarussen, die in die EU reisen möchten, und gleichzeitig rechtfertigen, dass ihre Nachbarländer die Grenzen zu Belarus schließen. Dieser Spagat führt dazu, dass innerhalb der Opposition Gruppen entstehen, die Tichanowskajas Mannschaft vorwerfen, sich zu wenig gegen den »eisernen Vorhang« an der Westgrenze von Belarus einzusetzen. Gleich mehrere solche Koalitionen (»Listen«) traten bei den Wahlen zum Koordinationsrat der Opposition am 25. bis 27. Mai mit dem Versprechen an, den internationalen Lobbyismus in Fragen der Mobilität zur obersten Priorität zu machen.

Das Ende der Ad-hoc-Koalition

In der Demokratie werden solche Probleme im Zuge von Wahlen gelöst: Parteien, die mit sich selbst beschäftigt sind und den Kontakt zur Masse der Wählerschaft verlieren, bekommen weniger Stimmen und büßen ihre Macht ein. Ein solcher Rotationsmechanismus fehlt bei den belarussischen Demokraten. Es ist schwierig, sich auf Wahlen zu verlassen, die nur im Ausland stattfinden können. Repräsentanten, die vom politisch aktivsten Teil der Diaspora gewählt wurden, sind möglicherweise

noch weiter von den Interessen des Durchschnittsbelarussen entfernt als die derzeitige Regierung in Belarus. Insofern sucht sich jede politische Kraft selbst ihre Zielgruppe aus, deren Interessen sie vertreten will. Ob sie auf das richtige Pferd setzt, wird die Geschichte zeigen. Diese kennt sehr wohl Beispiele für eine triumphale Rückkehr politischer Emigranten aus dem Exil, die sich auf die Arbeit mit einem aktivistischen Kern konzentriert und die Verbindung zur Mehrheit ihres Volkes scheinbar schon verloren hatten. Solche Beispiele sind jedoch eher die Ausnahme von der Regel, die nahelegt, dass der Wandel in Belarus eher von neuen Kräften angetrieben werden wird, die innerhalb des Landes entstehen werden, sobald sich das nächste Fenster historischer Volatilität auftut.

Doch dieses Dilemma wirft noch eine andere Frage aus der politischen Philosophie auf: Wie weit soll sich die Exil-Opposition überhaupt von den Schwankungen der öffentlichen Meinung in ihrem Heimatland beeindrucken lassen? Die Koalition jener, die 2020 Tichanowskaja unterstützt haben, ergab sich in vielerlei Hinsicht aus der Situation. Das war keine Revolte einer konkreten Gesellschaftsschicht, einer demografischen Gruppe oder von Anhängern einer bestimmten Ideologie. Vielmehr war es ein Ausbruch allgemeiner Empörung angesichts Gewalt, Lügen und Wahlfälschung vonseiten des Staates. Das angestaute Verlangen nach respektvoller Behandlung hatte sich mit dem Überdruß an Lukaschenko gepaart. Doch es war eine Koalition völlig unterschiedlicher Menschen, die sich zu einem konkreten Zeitpunkt als Reaktion auf konkrete Handlungen des Regimes gebildet hatte.

Es wäre naiv anzunehmen, man könne diese bunte und spontane Koalition einer belarussischen Mehrheit ewig aufrechterhalten. Sogar in einem Land mit normalem politischem Wettbewerb müssen bei neuen Wahlen die Sieger der vorangehenden Wahlen wiederum versuchen, eine Mehrheit zu überzeugen, und den Menschen neue Gründe anbieten, warum sie ihnen auch in der aktuellen Situation ihre Stimme geben sollen. Doch in Belarus gibt es jetzt und wohl auch in nächster Zukunft keine politische Konkurrenz, keinen Kampf um die Macht durch Überzeugung von Mehrheiten. Das heißt, dass die Opposition allein schon aus technischen Gründen keine neue »Siegerkoalition« bilden kann. Man kann zu jeder beliebigen Frage – von Sanktionen über Neutralität bis hin zur Wirtschaftspolitik – so populäre oder gar populistische Positionen einnehmen, wie man will – solange es im Land keinen politischen Wettbewerb gibt, wird die Opposition nichts davon haben.

Deswegen werden die Belarussen keine neuen Möglichkeiten zum politischen Handeln bekommen. Und das Fenster zu diesen Möglichkeiten wird nicht aufgehen, nur weil die Oppositionsführer im

Exil anfangen, in ihren Reden beliebtere Thesen zu verkünden.

Das Dilemma unterschiedlicher Meinungen innen und außen

Wie paradox das auch klingen mag: Es ist unklar, welchen politischen Nutzen die Opposition daraus zieht, wenn sie den Ansichten der heutigen belarussischen Mehrheit folgt. Welche Risiken eine solche Herangehensweise für die Exilstrukturen darstellen würden, ist hingegen nicht schwer zu erahnen.

Erstens: Der Versuch, sich im Einklang mit der Mehrheit der Belarussen im russisch-ukrainischen Krieg neutral zu verhalten, zum sofortigen Waffenstillstand aufzurufen oder gegen die Sanktionen einzutreten, würde die Verbindung der Opposition zum proukrainischen und proeuropäischen Kern der demokratisch gesinnten Belarussen schädigen, die zu all diesen Fragen ganz klar Position beziehen. Genau jene oppositionell gesinnten Menschen arbeiten in politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Exil und in Redaktionen unabhängiger Medien und bilden die Diaspora, die von der Opposition eine Vertretung ihrer Interessen fordert. Anders gesagt, das Bemühen, dem durchschnittlichen Belarussen zu gefallen, würde beim pro-demokratischen oppositionellen Kern auf Frustration und Ablehnung stoßen.

Zweitens würde eine Übernahme der in Belarus populärsten Ansichten in einer Situation des Kriegs und der scharfen Trennung in »Unsere« und »Fremde« eine effektive internationale Politik der Demokraten in Europa verunmöglichen. Eine Swetlana Tichanow-

skaja, die eine Aufhebung der sektoralen Sanktionen fordert, oder ein Pawel Latuschko, der zu Neutralität und einem sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine aufruft, könnten nicht nur mit den ukrainischen, sondern auch mit den meisten westeuropäischen Beamten und Diplomaten nicht mehr normal reden. Sogar ihr Aufenthaltsrecht in Vilnius und Warschau könnte dann in Zweifel gezogen werden.

Ehrliche Abkehr von der Idee einer Exilregierung

Wahrscheinlich wird es mit der Zeit die organischste Entscheidung für die Opposition im Exil sein, sich in die Nische der moralischen Autoritäten zurückzuziehen, der Meinungsführer und internationalen Anwälte von Belarus, die nicht von der Konjunktur der aktuellen öffentlichen Meinung im Heimatland abhängig sind. Das würde ihnen erlauben, ungeschminkt ihre Überzeugungen zu verfechten, die Interessen ihrer heutigen Anhänger und der Diaspora zu vertreten und nicht mehr so tun zu müssen, als würde die historisch präzedenzlose Mehrheit von 2020 noch immer in allen Fragen den demokratischen Kräften folgen. Natürlich würde dies eine bescheidenere Positionierung bedeuten und eine Abkehr von der Idee einer »Exilregierung« mit dem Anspruch, die Interessen aller oder der meisten Belarussen zu verteidigen. Doch eine solche Positionierung wäre wenigstens ehrlich – sowohl den internationalen Gesprächspartnern als auch ihren heutigen tatsächlichen Anhängern gegenüber.

Übersetzung aus dem Russischen von Ruth Altenhofer

Über den Autor:

Artyom Shraibman ist politischer Analyst, Gründer der Beratungsfirma *Sense Analytics* und Gastexperte bei *Carnegie Endowment*. Er ist zudem Kolumnist für *Zerkalo.io*. Bis 2019 arbeitete er als politischer Beobachter und Redakteur des größten unabhängigen Medienunternehmens in Belarus, *Tut.by*, und davor als Journalist für die unabhängige Nachrichtenagentur *BelaPAN*.

Die Originalfassung des vorliegenden Beitrages von dekode.org ist online verfügbar unter <https://www.dekode.org/ru/article/neprogovorennyaya-problema-belaruskoy-oppozicii> und unter <https://www.dekode.org/de/article/identitaetskrise-belarussische-opposition-exilregierung> in deutscher Übersetzung.

Die Redaktion der Belarus-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem Qualitätsjournalismus in Osteuropa eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode.org für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik für Belarus ab dem 14.03.2011 ist verfügbar auf der Seite der Länder-Analysen (<https://www.laender-analysen.de>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/chronik?c=belarus&i=1>.

Die Chronik der Belarus-Analysen wird zusammengestellt aus Meldungen des Nachrichtenkanals »pozirkonline« (ehemals »naviny.by«) des Messenger-Dienstes Telegram.

Die Redaktion der Belarus-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahm, IBB Dortmund
Dr. Olga Shparaga, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
ISSN 2192-1350 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>